

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Herabräger. —  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 39.

Wittwoch den 24. Februar.

1892.

Für den Monat März werden Abonnements  
auf den

## „Merseburger Correspondent“

zum Preise von 40 resp. 42 Pf. von allen Post-  
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-  
genommen.

Zusätze finden bei der großen Auflage des  
Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

## „Insuper“ Kundgebungen gegen das Volksschulgesetz.

Im Laufe der Beratungen über das Volksschul-  
gesetz hat der Kultusminister mit einer erstaunlichen  
Behandlung der Besuche gemacht, die freisinnigen Mit-  
glieder des Abgeordnetenhauses in ihrer Verurteilung der  
Vorlage untereinander oder mit den Lehrern oder  
mit ihren Bekanntheitsgenossen im Lande in Wider-  
spruch zu setzen. Bei der ersten Beratung berief er  
sich darauf, daß er über den Entwurf mit Mitgliedern  
aller Parteien mit Ausnahme des Centrum's corres-  
pondirt habe und Mitglieder der freisinnigen Fraktion  
sich über den Entwurf ihm gegenüber in beifälliger  
Weise geäußert hätten. In der Commission darüber  
zur Rede gestellt, nannte Graf Jellich den Namen  
des Herrn Jelle, der in Folge der Wahl zum Bürger-  
meister sein Mandat niedergelegt hat. Alsdann wurde  
festgestellt, daß der Kultusminister im September v. J.  
über das Volksschulgesetz Rücksprache gehalten hat.  
Graf Jellich erklärte sich Herrn Jelle gegenüber als  
Freund der Selbstverwaltung und Jelle verstand ihn  
so, daß er in dieser Beziehung geäußerten Wünschen  
entgegenkommen wolle. Wie Herr Jelle über das  
jetzt vorgelegte Gesetz denkt, ergab sich aus der Rede,  
mit der er sich am 7. v. M. von seinen Berliner  
Wählern verabschiedete und in der er den Entwurf  
als einen ganz unannehmbaren bezeichnete. Er meinte,  
wenn es wirklich gelingen sollte, die ganze Schule  
und das Lehrsystem mit klein-türkischem Befehls-  
mäßig zu durchdringen, die Selbstverwaltung bei Seite  
zu schieben, die Schulvorstände aus confessionellen  
Hausvätern zu bilden und die wichtigsten Funktionen  
an Staatsorgane zu übertragen, dann werde es aller-  
dings kaumig bestellt sein mit der Volksschule. Also  
ganz wie Herr Richter und Genossen. Vorigen  
Montag erzählte der Kultusminister in der Com-  
mission, als Beweis dafür, daß er den Lehrern die  
freie Discussion über das Gesetz nicht verschänken  
wolle, er habe Tags zuvor eine Deputation Berliner  
Lehrer empfangen, die sich aber ganz anders ausge-  
sprochen hätte, als die freisinnige Partei. Vom  
Berlin Berliner Lehrer, der über 1900 Mitglieder  
zählt, wurde aber festgestellt, daß Mitglieder derselben  
nicht zu der angeblichen „Deputation“ gehörten, daß  
also die Herren, die sich dem Kultusminister vorge-  
stellt, gar nicht das Recht hatten, sich als Beauftragte  
der Berliner Lehrer zu geriren, die in ihrer über-  
großen Mehrheit über die Vorlage genau so denken  
wie die freisinnige Partei. Endlich vorigen Dienstag  
verlas der Minister einer Neuerung des Abg. Birchow  
gegenüber einen Brief eines seiner persönlichen  
Freunde, eines freisinnigen Mannes, der eine führende  
Stellung einnehme. Der Briefschreiber erklärte, die  
Vorlage widerstrebe ihm zwar innerlich auf das  
heftigste, aber die Präsenzen von der Schwärzung  
der Selbstverwaltung, von Prästewirtschaft, die  
durch das Gesetz eingeführt werde, hinde er „insuper“.  
Der Minister verlas diesen Brief, wie er ausdrücklich  
erkläre, zum Beweise dafür, daß die Mehrheit der  
Bevölkerung über die Vorlage ganz anders denke, als  
Herr Birchow u. Gen. Wer dieser „freisinnige“  
Freund des Grafen Jellich ist, wissen wir nicht.  
Aber was die Schwärzung der Selbstverwaltung  
durch das Gesetz betrifft, so sind zweifellos die com-  
petentesten Beurtheiler die Träger der Selbstverwaltung  
selbst, die Vorsteher städtischer Communen. Berliner  
Magistrat und Stadtverordnete haben den Weigen  
der Proteste gegen das Gesetz eröffnet. Letzen Son-  
abend hat bekanntlich auch der Städtetag der

Provinz Sachsen in Halle, auf dem nicht weniger  
als 27 Städte durch ungefähr 80 Mitglieder vertre-  
ten waren, einstimmig eine Petition an den Land-  
tag um Ablehnung des Gesetzes beschlossen. Man  
wolle nicht, erklärte in der Begründung der Versamm-  
lung der Oberbürgermeister von Halle, in einseitiger  
Parteilichkeit Stimmung gegen das Gesetz machen.  
Die imposante Kundgebung gegen das Gesetz sei  
denkmal der akademischen Lehrer der Universität  
Halle, zu der sich Männer verschiedener politischen  
Parteien und kirchlichen Richtungen einmüthig zu-  
sammengedrängt hätten (und der inzwischen auch die  
Berliner Universität gefolgt ist). Auch der Städtetag  
wolle in würdiger und gesetzmäßiger Weise, aber ein-  
müthig eintreten mit seinen Wünschen und Bedenken  
gegen das Gesetz im Interesse der Städte, die er  
vertritt. In der von dem Stadtschulrath Platen-  
Magdeburg verfaßten Begründung der Petition wird  
daran erinnert, wie durch die Injunction vom 26.  
Juni 1811, die als Ergänzung der Stein'schen  
Städteordnung von 1808 erlassen wurde, die städti-  
schen Schuldeputationen eingeführt wurden, „um das  
Ganze des Schulwesens unter eine einfache und har-  
monische Leitung zu bringen.“ Die Petition stellt  
im Einzelnen die bisherige Organisation der von  
dem Grafen Jellich geplanten gegenüber und kommt  
zu dem Schlusse: „Die jetzige Schulbehördenver-  
waltung soll aufgehoben und die Schulverwaltung ausschließ-  
lich dem Staate und der Kirche überwiesen werden, den  
Städten aber an Stelle aller bisheriger Rechte  
wesentlich nichts bleiben, als die Verpflichtung zu  
zahlen, was Staat und Kirche von ihnen fordern.“  
Und Stadtschulrath Platen als Referent erklärte:  
„Das Gesetz, wie es im Entwurfe vorliegt, bedeute  
Vernichtung der Selbstverwaltung der  
Städte, Vernichtung des confessionellen  
Friedens im Vaterland, einen Rückschritt  
der culturellen Entwicklung und Auf-  
gaben unseres Volkes um 100 Jahre, bis  
zurück hinter die Zeit Friedrichs des  
Großen.“ Schließlich sagte der Oberbürgermeister  
von Erfurt, Herr Schneider, das, was die Versamm-  
lung, welche der Versammlung empfahl, in Er-  
wägung, daß der vorgelegte Entwurf 1) das Selbst-  
verwaltungsrecht der Städte in den maßgebendsten  
Punkten preisgibt, 2) unveräußerliche Rechte der  
Staatshoheit in Bezug auf das Schulwesen der Kirche  
auslöscht, 3) die Gefahr verhängnisvoller religiöser  
Spaltungen und schweren confessionellen Haber herauf-  
beschwört, 4) die unerlässliche Selbstständigkeit des  
Lehrerstandes schwer beeinträchtigt und dessen Rechts-  
stellung ernstlich gefährdet, den vorgelegten Entwurf  
einer Petition einstimmig anzunehmen, was unter  
lauten anhaltenden Bravo einstimmig geschah. Das  
ist der Ausdruck der Ueberzeugung des sächsischen  
Städtetages und diese entspricht, wie auch Graf  
Jellich nicht in Abrede stellen wird, völlig der Auf-  
fassung der freisinnigen Partei. Wenn der Kultus-  
minister den Muth hat, den Inhalt dieser Kundgebung  
mit seinem „freisinnigen“ Freunde für „insuper  
Praxen“ zu erklären — wir beneiden ihn nicht um  
diesen Muth.

## Politische Uebersicht.

Der Kaiserbesuch in Böhmen kam am  
Sonabend im österreichischen Abgeordnetens-  
hause zur Sprache in Folge einer Interpellation  
über die Vorgänge in Reichenberg gelegentlich  
der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph im  
October vorigen Jahres. Ministerpräsident Graf  
Taaffe erklärte, der Magistrat von Reichenberg  
hätte beantragt, den Vereinen und Schulen Plätze  
im Spalier zum Empfange des Kaisers anzuweisen,  
der Verein der Gesezen sei jedoch fern g eblieben.  
Ueber die Vorgänge in Reichberg ist die Unter-  
suchung eingeleitet worden, weil die Aussagen darüber sehr  
widersprechend gewesen seien. In Verneht des Gesetzes  
auf dem Obmark in Reichenberg verließ Graf

Taaffe auf das Straftheil des Reichenberger Ma-  
gistrats und konstituirte das correcte Vorgehen des-  
selben. Der Antrag auf Eröffnung der Debatte über  
die Verantwortung wurde abgelehnt. — Die Not-  
standsvorlage, welche 360 000 Gulden verlangt,  
ist am Sonnabend vom österreichischen Abgeordnetens-  
hause angenommen worden. Die von der Regierung  
verlangte Summe von 500 000 Gulden für Ab-  
wehrgelüste an Staatsbeamte wurde von dem Ab-  
geordnetenshause auf eine Million erhöht. — Die  
ungarische Thronrede, womit der Reichstag  
am Montag eröffnet wurde, gedenkt eingangs der  
25. Jahreswende des 1807 er Ausganges und giebt  
der Zuversicht auf eine ruhige und stetige Entwic-  
klung auf dieser bewährten und vor allen Erst-  
bedingungen zu bewahrenden Grundlage auch in Zukunft  
Ausdruck. Seit Jahrzehnten, so heißt es weiter,  
trage Ungarn sowie die ganze Monarchie die Nach-  
theile der ungerathenen Valuta. Die Regierung  
werde bestrebt sein, die bezüglichlichen Vorschläge ehe-  
stens zu unterbreiten. Die Thronrede kündigt eine Steuer-  
reform an ohne Steigerung der öffentlichen Leistungen,  
ferner Vorlagen zur Neuorganisation der  
Verwaltung, sowie Vorlagen zur Ordnung der  
Rechtsverhältnisse der Beamten, zur Regelung des  
Berechtigtes und Versammlungsrechtes, zur Fest-  
stellung der Gerichtsbarkeit über die Abgeordneten-  
wahlen, Kodification des Strafprozesses, Civilprozesses  
und Civilrechtes. Weitere Vorlagen betreffen die  
Hebung des öffentlichen Unterrichtes, die Förderung  
der Volkswirtschaft, des Verkehrswesens und der  
Landwirthschaft, endlich Religionsangelegen-  
heiten. Am Schlusse heißt es: „Mit Befriedigung  
können wir sagen, daß die freundschaftlichen guten  
Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, deren  
wir am Schlusse des vorigen Reichstages gedachten,  
auch gegenwärtig unverändert fortbestehen.“

Kau Meldung aus Kasan hat das russische  
Militärgericht den Kleinbürger Kotschurich in wegen  
des gegen den Gouverneur von Kasan begangenen  
Attentats handbrechtlich zum Tode durch den Strang  
und den Ehrenbürger Archangel'sky, welcher die  
Absicht Kotschurichs kannte, aber nicht zur Anzeige  
brachte, zu fünfzehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.  
Vom Militärgericht wurde jedoch beschlossen, eine  
Milderung der Strafen nachzusuchen.

Die französische Ministerkrisis ist noch  
immer in der Schwebe. Präsident Carnot hat am  
Sonabend und Sonntag in erster Linie mit dem  
bisherigen Minister des Auswärtigen Ribot und mit  
dem bisherigen Ministerpräsidenten und Kriegsminister  
Freycinet berathen. Man scheint eine Kombination  
im Auge gehabt zu haben, bei der es sich im Wesent-  
lichen nur um eine Umbildung des gegenwärtigen  
Ministeriums handelte, und aus welcher man nur den  
bisherigen Minister des Innern Comans entfernen  
wollte. Die Freihändler forderten ein Cabinet Meline,  
damit dieses gezwungen sei, den neuen schützamerikanischen  
Zarif durchzuführen. Das von Carnot geplante  
Cabinet Ribot scheiterte an dem Widerstand der  
Radikalen, welche Ribot ihre Unterstützung verweigerten  
und ohne welche eine republikanische Mehrheit nicht  
möglich ist. Andererseits soll Freycinet den Vorzug  
in dem neuen Cabinet abgelehnt haben. — Die  
päpstliche Encyclika an die französischen  
Katholiken, welche eine Unterstützung der Republik  
befürwortete, wurde nach einer römischen Meldung  
der „Athen. Volkstg.“ in nur wenigen Abzügen ge-  
druckt. Ihre Verlesung erfolgte nicht durch den  
Staatssecretär, sondern unmittelbar aus der Privat-  
kanzlei des Papstes. Es ist dies ein außerger-  
wöhnlicher Vorgang. In Rom haben nur die  
Kardinäle einen Abzug davon erhalten. Sie erregte  
das größte Aufsehen, weil sie unbedingt geheim ge-  
blieben war.

Das serbische Budget ist am Sonnabend in  
der Skupstina verathen worden. In demselben ist  
noch ein geringer Ueberschuß herausgerechnet worden,  
während die Opposition behauptet, daß es in Wahr-  
heit ein Defizit von 10 Millionen Dinar aufweise.



Der Ministerpräsident erklärte in seiner Entgegnung die Nachricht auswärtiger Mächte über eine neue französische Anleihe für unwichtig und führte den Kurssturz der selben Mächte im Auslande auf die Medien der Opposition zurück.

Die Verhaftung des früheren portugiesischen Ministers Mendosa Cortez ist mit Unterdrückungen von Wertpapieren des Banco Lusitano begründet worden. Wahrscheinlich dürfte der Verhaftete ins Militärgefängnis übergeführt werden. Die Kammersache hat zu der Verhaftung die Genehmigung erteilt.

Die Lage in Brasilien ist anscheinend noch immer keine normale. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro ist der Gouverneur der Provinz Mato Grosso in Folge des ausgebrochenen Aufstandes abgesetzt worden.

In Guatemala ist der „König“ zufolge ein Aufstand ausgebrochen, dessen wahrscheinlicher Anführer der General Henriquez ist. Die Regierung unterdrückt alsbald die Empörung.

### Deutschland.

Berlin, 23. Februar. Der Kaiser sah am Sonntag Abend den Prinzen und die Prinzessin Heinrich, den Herzog zu Schleswig-Holstein und den Chef des Marine-Cabinet, Kapitän zur See Fern v. Soden, Vizepräsident zur See. Am gestrigen Vormittage arbeitete der Kaiser mit dem Chef des kaiserlichen Hauses v. Werbell und nahm die Marine-Vorträge entgegen. — Der Großfürst Paul von Russland ist von Stuttgart nach St. Petersburg hier durchgereist. Die Großfürstin Vera von Russland, verwitwete Herzogin Eugen von Württemberg, wird auf der Reise aus Petersburg hier eintreffen und im Hotel Continental Wohnung nehmen. Voraussichtlich wird dieselbe in Berlin einen kurzen Aufenthalt nehmen.

— (Graf Limburg-Sturum) wird nach der „Kreuzzeitung“ gegen das Urteil des Disziplinarhofes an das Staatsministerium applizieren. In der Begründung des Urteils auf Amnestiegesetz, welche die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht, wird ausgeführt, der Kreuzzeitungsartikel des Grafen Limburg trage nicht bloß den Charakter einer unstatthafter oppositionellen Demonstration, sondern den einer öffentlichen Agitation gegen die ausgesprochene Intention der Regierung. Die aufsteigenden Angriffe gegen die innere Politik der Regierung und die Herabsetzung der auswärtigen Politik derselben in dem Artikel rechtfertigen die tatsächliche Feststellung eines dem Angeführten zur Fall fallenden Dienstvergehens.

Hinsichtlich der Strafbemessung sei zwar zu erwägen, daß der Angeführte zu dem Artikel nicht durch systematische Oppositionen gegen die Regierung getrieben worden sei, deren Politikernotwendigkeit während einer langjährigen parlamentarischen Praxis loyal und mit Erfolg unterstützt habe, vielmehr sei anzunehmen, daß er durch Ueberschätzung des Fraktionsinteresses (I) in der vorliegenden Frage der Handelsverträge dazu veranlaßt worden sei. Indessen sei doch die Schärfe und Deffinitivität seines Auftretens in seiner hohen öffentlichen Stellung so weitreichend und wirkend, daß eine bloße Ordnungstrafe (Warnung oder Verweis) ihrer Zulänglichkeit und Angemessenheit nach nicht in Frage kommen könne. — Der Gegensatz, in welchem sich der Angeführte durch seine oppositionelle öffentliche Demonstration und Agitation schuldhafter Weise fahmte, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten persönlich gegenüber gestellt habe, schliesse jede Möglichkeit einer anderweitigen Verwendung desselben im Staatsdienst und namentlich im Ressort der auswärtigen Angelegenheit völlig aus. — Deshalb habe nur auf Dienstentlassung erkannt werden können.

— (Zum Kapitel der Soldatenmißhandlungen) liefert einen interessanten Beitrag eine Verhandlung, welche am 18. Febr. vor der Strafkammer zu Heilbronn gegen den Redacteur der „Heilbr. Ztg.“ Dr. Lipp wegen Verleumdung der Offiziere und Unteroffiziere des 122. Regiments stattfand. In dem inkriminierten Artikel war mitgeteilt, daß Soldaten auf dem Kasernenhofe durch Oberfeigen und Säbelhiebe mißhandelt worden seien. Der Angeklagte hat zu der Verhandlung eine Reihe von Zeugen haben lassen, durch welche nicht nur die in dem Artikel berichteten Mißhandlungen, sondern auch eine Reihe anderer voll erwiesen wurden. Der Gesamteindruck der Beweisaufnahme war der, daß in dem genannten Regiment die Soldaten vielfach geschlagen und sonst mißhandelt werden. Auch eine treffliche Illustration des Beschwendewürdigen hat die Verhandlung ergeben. Nach dem Erscheinen des Artikels der „Heilbr. Ztg.“ hat nämlich der Regimentscommandeur das ganze erste Bataillon anreiten und eingehend ausfragen lassen, ob einem Soldaten von einer Mißhandlung irgend etwas bekannt sei. Es hat sich kein einziger gemeldet. Wenige Tage später hat sich ein Sergeant Duads aus Seelen in einer Mißhandlung

über diese Maßnahmen des Obersten lustig gemacht: „Da kommt nichts heraus, wir haben dafür gefogt. Es sollte sich einmal einer melden, dem könnte es sauer aufstoßen, der würde sich geschlagen, so lange er Soldat ist.“ Einen kläglichen Eindruck machten zwei Refruten, die auf jegliche Frage des Vorlesers ihr Schicksal herabsetzten: „Ich habe keine Mißhandlungen gesehen und bin auch nicht mißhandelt worden.“ Ein dritter Soldat beklagte, daß er noch vor acht Tagen von einem Unteroffizier Eisenhant eine Ohrfeige bekommen habe! Nach diesem Beweisergebnis beantragt der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten. Das freisprechende Erkenntnis des Gerichts ist mit dem Satz begründet, daß dem Angeklagten der Beweis der Wahrheit gelungen sei. Kurze Zeit nach der Verhandlung hat sich der oben genannte Unteroffizier Eisenhant mit seinem Dienstgewehr erschossen. Der Sergeant Duads ist in Haft genommen worden.

— (Zum Rantener Knabenmord) theilt das „Kleere Kreisblatt“ mit, daß der Justizminister gegen die antisemitische „Neue deutsche Zeitung“ in Leipzig den Straf Antrag gestellt habe wegen der geschäftigen Berichte dieses Blattes über den Richterstand. Auch die Urheber dieser Berichte sollen zur Rechenschaft gezogen werden und endlich auch diejenigen Zeitungen, welche die Artikel des antisemitischen Leipziger Winkelsblattes nachgedruckt haben.

— (Colonialpolitik.) Ueber einen abenteuerlichen Plan berichtet die „Post“. Danach will ein Herr Dr. Fink, ein Deutschamerikaner, der durch den Tod seines Vaters ein Vermögen von mehreren Millionen Dollars geerbt hat, auf seine Kosten eine größere Expedition nach dem Albert-Nyanza und nach Madagaskar und Ostafrika ausführen. Herr Dr. Fink befindet sich nach der „Post“ gegenwärtig in Leipzig, um vom Khedive die Erlaubnis zur Anwerbung von 200 Sudanesen zu erwirken. Die Expedition soll von Englisch-Ostafrika aufbrechen, mit kaiserlichen Bewehren etc. ausgerüstet sein. — Der ganze Plan dürfte schon daran scheitern, daß die Engländer Herrn Dr. Fink den Durchgang durch ihr Gebiet verweigern werden.

### Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 22. Februar.) Das Abgeordnetenhaus führte heute die Beratung des Eisenbahnetats zu Ende. Abg. W. v. Meißel brachte nochmals die künstliche Vertheuerung der Kohlenpreise durch die Kohlenräger zur Sprache und interpellirte den Eisenbahnminister über seine Stellung zu den Angehörigen. Minister lehnte jedoch eine Ausfertigung darüber ab, nahm aber gleichzeitig in gewisser Weise für die künftige Stellung durch die Ausfertigung, daß dieselben in der Strafe und in der Strafbemessung der Kohlenpreise eine unangemessene Steigerung dieser vorfindet hätte. Als spezieller Vertreter der Interessen der Kohlenräger schied Abg. v. Gnyer hier mit den wichtigsten Thatsachen scharf contrahirten Ansicht. Die sonstigen Erörterungen betrafen mehr lokale Wünsche. Ueber die zum Etat gestellten Petitionen verschiedener Kategorien von Eisenbahnbeamten wurde nach den Commissionenberathungen entschieden. Weiterhin wurde nach der Resolution über Ausbesserung des Gesetzes von veräußerten Eisenbahngesellschaften für öffentliche Bauten und Ueberrahme derselben auf den Etat der Staatsschuldenverwaltung angenommen. — Die Etatsberatung wird Donnerstag mit dem Etat der Bauverwaltung fortgesetzt.

— Die Budgetcommission des Reichstags hat im Minutetext des einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 2 1/2 Mill. Mk. für den Weiterbau der Panzerschiffe B. C. D. gestrichen; ferner erste Raten für Schiff-Neubauten im Betrage von 5 870 000 Mk.; endlich im außerordentlichen Etat 1 300 000 Mk. als erste Bauante für 2 große Trockendocks in Kiel und 202 000 Mk. zum Bau von Wohnhäusern für Arbeiter der Werft in Kiel.

— Abgeordneter Ricker brachte am Montag in der Budgetcommission beim Etat des Auswärtigen Amtes die Ausweisung des Reichstages der „Beil. Tagebl.“, Eugen Wolf, aus Ostafrika zur Sprache, die er als keine glückliche Maßregel bezeichnet. Geh. Leg. Rath Kayser sucht die Ausweisung mit der Agitation Wluffs gegen den Gouverneur v. Soden zu rechtfertigen. Die Zulässigkeit der von dem Reichskanzler angeordneten Maßregel sei von den Rechtslehrern Meyer und v. Stengel anerkannt. Hammacher bezweifelt nicht die Rechtmäßigkeit, wohl aber die Zweckmäßigkeit der Maßregel, während Ricker und Gröber (Cent.) auch die Rechtmäßigkeit bezweifeln. Selbst der konservative Abg. v. Maslow hält die Ausweisungsbefugnis nicht für unbedingt sicher. Hahn (kons.) und Graf Vehr (fr.) billigen die Maßregel. Die Fortsetzung von 500 000 Mark für geheime Ausgaben (bisher 48 000 Mark) wird nach längerer Discussion mit 16 gegen 6 Stimmen (Richter, Barth, Hugo Hermes (fr.), Ardeo, Speidel (Cent.) und 1 Sozialdemokrat) bewilligt. Abg. Ricker erklärte sich bereit, den Fonds zu bewilligen, macht aber sein entgeltliches Votum von der Preisgabe des Welkenfunds abhängig. Staatssecretär Marschall constatirte, daß aus dem Fonds Ausgaben für die inländische Presse nicht gemacht würden; die Zeitungen

selbst nach Nachrichten zu liefern. Auch für die „Pol. Correspond.“ und Wolffs Telegraphen-Bureau sei nichts ausgegeben worden. Für Ostafrika wird das verlangte Bauquantum von 2 1/2 Millionen gegen die Stimmen der Freilügigen bewilligt. Für das System Soden treten Dr. Hammacher und Dr. Barth ein. Geh. Rath Kayser wußte nicht zu sagen, ob der Antrag, als Reichscommissar zu fungiren, Emin Pascha vor dem Verlassen der deutschen Interessensphäre zuzugang sei. Das Dampferunternehmen Hoffmanns bezeichnet er als augenblicklich gescheitert.

— Der Entwurf des deutschen Spionengesetzes oder, wie dasselbe offiziell heißt, des Gesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse ist dem Reichstage soden zuzugang. Durch § 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs wird nur der Verrath militärischer Geheimnisse an eine fremde Regierung unter Strafe gestellt. Dadurch werden, wie vor dem Reichstage stattgehabte Verhandlungen beweisen, für den Nachweis des Verbrechens oft unüberwindliche Schwierigkeiten geschaffen, da die Spionage regelmäßig durch Mittelpersonen betrieben wird, die Beziehungen zu einer fremden Regierung überhaupt nicht besitzen oder, falls solche bestehen, sie verbergen. Die vorgeschlagene Bestimmung soll demnach jenen treffen, der vorzüglich Schriftchen, Zeichnungen, oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, oder Nachrichten solcher Art in den Besitz oder zur Kenntniß eines Anderen gelangen läßt, wenn er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des Reichs gefährdet wird: Die Strafandrohung — Zuchthaus nicht unter 2 Jahren — bleibt bestehen; daneben kann, da das Verbrechen meist in eigennützigem Absicht begangen wird, auf Geldstrafe bis 1500 Mk. erkannt werden. Mildere Umstände sind ausgeschlossen. Ferner soll auch die Spionage an sich unter Strafe gestellt werden ohne Rücksicht auf Zweck oder Erfolg. Steht der landesverrätherische Zweck oder Erfolg, so wird die Strafe von Gefängnis von 1 Monat bis 3 Jahre oder Festungshaft von gleicher Dauer auf Zuchthaus bis 10 Jahre und Geldstrafe bis 10 000 Mk. erhöht. Für die Presse, insbesondere die militärischen Schriftsteller von Interesse ist der § 7 der Vorlage. Danach wird, wer aus Fahrlässigkeit Gegenstände oder Nachrichten der oben bezeichneten Art, die ihm kraft seines Amtes, Berufs, Gewerbes oder eines besonderen Auftrags anvertraut oder zugänglich sind, in einer die Sicherheit des Reichs gefährdenden Weise, in den Besitz oder zur Kenntniß eines Anderen gelangen läßt, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu 3 Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 3000 Mk. erkannt werden. Wer Verbrechen dieser Art den Behörden anzeigen unterläßt, ist mit Gefängnis zu bestrafen. Endlich, erhalten die §§ 87—90 des Strafgesetzbuchs eine verschärfte Fassung, indem mildere Umstände oder im Falle des § 89 Festungshaft anstatt Zuchthaus ausgeschlossen werden. Die Entscheidung über Anklagen wegen Verraths militärischer Geheimnisse oder Spionage mit landesverrätherischer Absicht entscheidet in erster und letzter Instanz das Reichsgericht.

— Herr v. Rauchhaupt läßt in den Zeitungen erklären, daß es, durch Antepflichten an seinen Kreis gebunden, erst nach Oftern im Abgeordnetenhaus erscheinen dürfte.

### Vermischtes.

\* (Neuer Torpedo.) In der Gesellschaft der Portsmouth fanden am Dienstag Besuche mit dem Sims-Ebion'schen Torpedo statt. Auf Einladung der European Sims-Ebion Electrical Torpedo Company wohnten derselben die Marineattachés Jullien, Deterrichs (Kapitän de Jéhu), Deutschlands (Kapitän Salenover), Frankreichs, Spaniens, der Vereinigten Staaten und Chiles, auch eine Anzahl englischer und holländischer Offiziere bei. Auch der Director des Staffines „Sultan“ befand sich unter den Anwesenden. Die Besuche fanden von Bord des „Ardebe“ aus statt. Zunächst erklärte Hr. Sims den geladenen Herren den Mechanismus seiner Erfindung. Das Wetter war außerordentlich günstig. In der See verfuhr man vor allem, zu zeigen, daß ein Torpedo von einem in voller Fahrt befindlichen Schiffe aus in die See verbracht werden könne und der Wirkungsbereich des Torpedos vollkommen. Der Torpedo ermittelte eine Geschwindigkeit von 13 Knoten, eine außerordentliche Leistung für einen Torpedo, der schon mehrere Jahre im Gebrauch gewesen ist. Die anwesenden Sachverständigen waren der Meinung, daß dem elektrischen Torpedo noch eine große Zukunft bevorstehe und dieselbe sich nicht nur im Kriege, sondern auch zum Treiben von Rettungsbooten verwenden läßt. Der bei diesen Versuchen verwendete Torpedo ist 4 Jahre alt und wurde seiner Zeit für die Ver. Staaten hergestellt. Selbst ist er sehr verbessert worden, so daß jetzt eine Geschwindigkeit von 21 Knoten erzielt ist und er 2 engl. Meilen weit läuft. Das erforderliche Kabel ist im Innern des Torpedos aufgerollt. Eine große Anzahl dieser verbesserten Apparate ist gegenwärtig in der Herstellung begriffen. Der Vortheil der Sims-Ebion'schen Torpedos über die anderer Gesellschaften soll namentlich darin bestehen, daß von einer Station, welche eine halbe engl. Meile imbehindwärts liegt, sich 12 auf der Küste stationirte Torpedos setzen lassen. Der Feind könnte niemals wissen, wo die Torpedos sich befinden, da ihre Lage beständig verändert werden kann. Die von geladenen Versuchen wurde es klar, auf welche große Entfernung man die Elektricität auch als Triebmittel im Wasser benutzen kann. Auf dem Lande sind natürlich die elektrischen Torpedos erst recht verwendbar.



**Anzeigen.**

Vor Meiner Heil übernahm die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Familien-Nachrichten.**

**Dank-sachricht.**

Für die großen Beweise der Liebe und Theilnahme bei der Krankheit, sowie beim Tode und Begräbnis meines lieben unvergesslichen Vaters, sowie für den reichen Blumenbescheid können wir nicht unterlassen, Allen unsern besten und aufrichtigsten Dank auszusprechen.

**Ernst Sauer und Frau**  
nebst Großeltern.

**Dank.**

Für die vielen Beweise der Liebe und Theilnahme, sowie für den reichen Blumenbescheid beim Begräbnis meines lieben Vaters, meines guten Sohnes, Bruders, Schwagers und Schwieger-sohnes, des Kaufmanns

**Heinrich Lang,**  
sagen Allen ihren herzlichsten Dank  
die trauernden Hinterbliebenen.  
Merseburg, Suhl, Magdeburg.

Herzlichsten Dank für die vielen Beweise bei dem Begräbnis meines guten und innig geliebten Kindes.

Dasig, den 23. Februar 1892.  
Die trauernde Mutter **Erinemann**  
nebst Großmutter.

Unter Bezugnahme auf die Verordnungen im § 82 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni v. J. und Artikel 82 der dazu ergangenen Ausführungsverordnung des mitunterzeichneten Finanzministers vom 5. August v. J. (3. Theil) bestimmen wir, daß die in monatlichen Raten fälligen übrigen direkten Staatssteuern, sowie die Domainen-Amortisations- und Rentenbank-Renten — bei denen die Zustimmung der Rentenschuldnerschaften vorausgesetzt — von Rechnungsjahre 1892/93 ab in rückerstattlichen Raten gleichzeitig mit der Einkommensteuer erhoben werden.

Mit der Mahnung und zwangsweisen Zwangsbefreiung bezüglich der Raten für den dritten Quartalsmonat darf jedoch, abweichend von der Einkommensteuer, hinsichtlich der übrigen Steuern und der Renten erst nach Ablauf der ersten acht Tage des dritten Monats — falls bis dahin die Zahlung nicht erfolgt ist — vorgegangen werden.

Die königliche Regierung wolle demgemäß das Erforderliche veranlassen.

Berlin, den 6. Januar 1892.  
**Der Finanz-Minister,**  
gez. Riquel.  
**Der Minister für Landwirtschaft,**  
Domänen u. Forsten.  
F. B. (gez.) von Marcard.

Verstehenden Erlaß bringe ich mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß die königliche Regierung hier auf Grund des Artikels 82 Nr. 1 der Anweisung vom 5. August v. J. für die Einkommensteuer den zweiten Monat eines jeden Quartals als Hebelmonat festgelegt hat.

Merseburg, den 15. Februar 1892.  
**Der königliche Landrath,**  
Wetdlitz.

Der Tischlermeister Herr Gustav Kretschmer hier beabsichtigt auf den Feldplänen Nr. 355 und 537 ein Wohnhaus zu erbauen. Wir machen dies in Gemäßheit des § 16 des Gesetzes, betr. die Gründung neuer Anhebungen vom 25. August 1876 mit dem Bemerkten bekannt, daß gegen den beabsichtigten Bau von den Eigentümern, Nutzungs- oder Gebrauchsberechtigten und Bürgern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Präjudicialfrist von 21 Tagen bei der hiesigen Polizei-Verwaltung Einspruch erhoben werden kann, wenn dieser Einspruch sich durch Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Anhebung den Schutz der Nutzung der benachbarten Grundstücke, aus dem Feld- oder Gartenbau, aus der Forstwirtschaft, der Jagd oder der Fischerrei gefährden werde.

Merseburg, den 19. Februar 1892.  
**Der Magistrat.**

**Große Wagen- u. Dekonomie-Geräthe-Auction.**

Mittwoch den 2. März cr., von vormittags 1/10 Uhr an, sollen im Schütze des Dekonom Herrn W. H. Reufel hier, Unteraltersburg 27, 1 Wagen, dar. 1 guter 4 zöll., 1 Dreifachmaschine, 1 Sägemaschine (an d. Gabel zu hängen), 1 Nähmaschine, 1 Reinigungs-, 1 Rübenschneide-, 2 Radmaschinen, 1 Ringelwale, 2 Glatzwalzen, 1 Nadelstich u. mehr. and. Pflüge, die. Eggen, 1 Saiermaische, 1 Kartoffeldämpfe (6 Cir. Znh.), 1 Saugsaß, davy, Schaufeln, coml. Geräthung, Pferde- u. Leinwand-Geschirre u. dergl. m. sowie 1 gr. Rollen Spreu u. 24 qu. harte, Plastersteine meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Merseburg, den 22. Februar 1892.  
**Carl Rindfleisch,**  
Auctions-Commissar und Gerichts-Larator.

**Grosse Uhren- u. Schmuckwaaren-Auction!**

Sonnabend den 27. d. M., von vormittags 9 Uhr an, werde ich im Saale des Restaurants „Zur guten Quelle“, Engelstraße 9, die Restbestände des Uhrmachers **Weißfischer'schen Waarenlagers**, als:

- eine Anzahl gold- und silberner Herren- und Damenuhren, gute Regulateure und bessere Wecker,
- 22 diverse Wanduhren, werthvollerer Qualität, Gold- und Double-Ringe, Brochen, Ohr-Clasiers, Ketten, Medaillons, Haarkämme und Nadeln, Arene und Alfenidewaren,

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Bedingung: Bei theureren Stücken wird die Hälfte der Lage angeboten.

Merseburg, den 20. Februar 1892.  
**Kunth, Concurs-Verwalter.**

- Ein großes Läuferchwein (Vorz.) zu verkaufen  
Lanchstädter Str. 8.
- Zwei große Läuferchweine zu verkaufen  
Kurzestraße 10.
- Eine Kuh mit dem Kalbe steht zu verkaufen  
Blößen Nr. 12.

**Ein Handwagen**

steht zum Verkauf  
Karlsstraße 12.  
6 Stück gutgepolsterte Sophas  
verkauft, um damit zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise  
**G. F. König,**  
Gothardtstr. 25.

- Ein schwarzes Konfirmandenkleid ist billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.
- Ein Sopha, 3 Kommoden (eine mit Glaschrank), 1 Waschtisch u. 1 Kinderbett sind billig zu verkaufen Engelstraße 14.
- Eine Stube ist zum 1. April zu vermieten (Preis 18 Thlr.) gr. Zirkstraße 4.
- Zwei Logis sind zu vermieten und 1 April zu beziehen H. Mitterstraße 16.
- Ein Logis, Stube, Kammer, Küche, Preis 32 Thlr., ist zu vermieten Halleische Straße 8.
- Zu erfragen Kurzestraße 10.
- Eine freundliche Stube (Barriere), auf Wunsch möblirt, ist zu vermieten und sofort zu beziehen Breitenstraße 3.

Eine kleine Wohnung, Stube und 2 Kammern, an eine oder zwei Personen zu vermieten. Preis 60 Mark.

**große Zirkstraße 18.**

Eine Wohnung von Stube, 2 Kammern, Küche und Zubehör, in Mitte der Stadt, für 100 Mark zu vermieten und 1. April zu beziehen. Zu erfragen

Zirkstraße 9, 1 Tr.

Weißfischer Straße Nr. 2 im Garten ist eine große Wohnung mit Stallung zu 2 Pferden zu vermieten und 1. April 1892 zu beziehen.

Ein größeres Logis v. 1. April zu vermieten  
Gothardtstraße 21.

Eine kleine febl. Stube, auf Wunsch auch möblirt, an einzelne anständige Person zu vermieten  
Schmalestraße 13.

Eine größere Wohnung, 2 El., Schlafstube, Kammern, Küche mit Wasserleit., verschließb. Entrée u. Zubehör, zu vermieten u. 1. April 1892 zu beziehen  
Wismarstraße 1.

Eine möblirte Stube mit Schlafcabinet ist zu vermieten und sofort zu beziehen  
Karlsstraße 19, 1 Treppe.

Ein gut möblirtes Zimmer mit Schlafcabinet ist zu vermieten.  
G. F. Malpricht, Grünestr. 5.

Fein möbl. Zimmer, event. mit Cabinet, sofort zu vermieten. Zu erfragen bei  
P. Exner, Entenplan 2.

Möblirte Wohnung ist zu vermieten  
Wälderstraße 14.

**5000 Mark**

Hypothek auf ein hiesiges Hausgrundstück, gute Stelle, werden der 1. Juli d. J. zuwidern gelandt. Nähere Auskunft ertheilt  
**Fried. M. Kunth, Merseburg.**

**Kostenfrei**

werden Kapitalisten gute und sichere Hypotheken nachgeben durch  
**Carl Rindfleisch, Merseburg, Burgstraße 13.**

**Metall- u. Kautschukstempel**



Metall- u. Kautschukstempel liefert billigst  
**Heinr. Hessler,**  
Oberbreitestrasse 15a und Oelgrube 5.

Pfeifen, lang u. kurz, billig, große Auswahl. Pfeifentheile aller Art bei  
Markt **Bruno Hoffmann,** Markt 28.

Zur Anlage von elektrischen Haus- telegraphen, Telephon-, Wasserleitungen, Bade- einrichtungen u. Fontainen empfiehlt sich, gestützt auf langjährige Erfahrungen,  
**Ed. Drehe,**  
Kleimnerei,  
Gothardtstr. 18. Gothaardtstr. 18.

Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.

**Ein großer Trockenboden**

steht zur gef. Benützung  
Oelgrube Nr. 5.

**Maskengarderobe**

ist billig zu verleihen.  
**H. Schumann, Delgrube 4.**

**Geraer reinwollene Kleiderstoffe.**

Zur Confirmation empfiehlt große Auswahl hochfeiner Kleiderstoffe zu billigen Preisen.  
Feine Kleider- und Jaquetstoffe in schwarz mit H. Weißfischer besonders billig.  
**Bertha Naumann,**  
Gloßgauer Str. 2.

**Zinnsand (extrafine)**

scheuert Zinn- und Bleisieg wie neu, empfindlich  
**Wilh. Rössner, Delgrube 7.**

**Getragene Stoffe**

und Kleidungsstücke aller Art führt in den modernsten nur echten Farben  
**Max Wirth's Dampfbarberei.**  
Specialität: Reinigen und färben von Herren-garderobe, Mänteln und dgl.

**Echte Hamburger Lederhosen**

in der Lederhandlung  
**kl. Ritterstrasse 13.**

**B. Schmidt,**

Seitenbeutel 2, empfiehlt alle Sorten  
**Schuh- und Stiefelwaaren.**  
Bestellungen nach Maß.

**Preßkohlensteine**

stiefere jedes Quantum in bester trockener Waare von Grube **Preißhagen** prompt und billigst  
**G. Pauschel,**  
Meißner Straße 6.

Künstliche Zähne, Plomben, schmerzloses Zahnziehen.  
**Weigand, Markt Nr. 4.**

Wer discreet, prompt und billig inseriren, alle Wirthschaftliche Nebenbesen — erproben will, wende sich an die älteste u. leistungsfähigste Annoncen-Expedition  
**Haasenstein & Vogler, A.-G.,**  
Magdeburg.

**Von jetzt ab**

verkaufe ich sämtliche nur reelle  
**Schuhwaaren**  
ganz bedeutend billiger.  
**Jul. Mehne.**

**Corsets Corsets**

in großer Auswahl zu billigen Preisen.  
**H. Schumann, Delgrube 4.**

**Pfannen- und Spritzluchen,**

täglich frisch, empfiehlt  
Hofmarkt 9. **Franz Vogel.**

**Jedes Quantum Milch**

wird vom 1. März cr. ab angenommen. Die Lieferung kann sowohl frei Wolkeri, als auch frei Stat. Weißfischer, Corbeha, Mücheln zc. erfolgen. Gek. Oferten nimmt entgegen  
**Dampf-Molkerei Merseburg.**

**Cachemire-Charpes (Damen-Plaids)**

sind wieder in den bewährten Qualitäten eingetroffen und kommen mit  
**bedeutender Preisermässigung**  
zum Verkauf. Große Sortimente hochfeiner Geirés bis **1,10 Mk. pr. Stück.**

**Otto Dobkowitz, Merseburg,**  
Gutenplan Nr. 3.



# Damen-Kleider-Stoffe (Nouveautés).

Eingang sämmtlicher Neuheiten für Frühjahr und Sommer.  
Große Sortimente hervorragender englischer Neuheiten.  
Durch sehr günstige Massenabschlüsse Preise ohne Konkurrenz.

## Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 3.

**Wangemann,**  
**Lesebuch, II. Theil,**  
neueste Auflage (1892)  
ist erschienen.  
Zu haben bei  
**G. H. Volkmann's Ww.,**  
Burgstrasse 6.

**Sophas,**  
Sehn- u. Schlafstühle,  
Bestelle mit Matratze  
v. 37 1/2 Ml. an, die  
feinsten Plüsch-Wibbel.  
Sophas v. 108 Ml. an, bei  
**Otto Bernhardt.**

**Vanillequastwibbel,**  
**Makronenwibbel,**  
**Nährwibbel**  
empfehlen  
**Robert Heyne.**

**Böllberger**  
**Weizen- u. Roggenmehl,**  
sowie alle Futtermittel zu Mühlenpreisen  
**Reinh. Fische, Hofmarkt 10.**  
Grüne Bohnen,  
Sauerkohl und Hülsenfrüchte,  
hochfeines Föckelfleisch  
empfehlen  
**Wilhelm Gummert.**

**Für Magenleidende.**  
**Kaiser's**  
**Pfeffermünz-Caramellen.**

bewährt und von hohem Werthe bei  
Appetitlosigkeit, Schwächen, verdorren  
Magen u. Magenchen. Zu haben in  
Pack. à 25 Pf. bei **Otto Classe,** Schmalte-  
straße 26, **F. W. Tünzer,** Neumarkt.

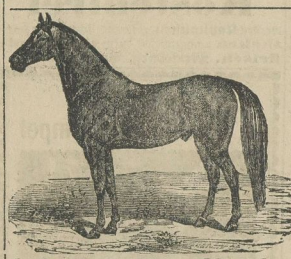
**Germanische Fischhandlung.**  
Frisch auf Eis:  
Schellfisch, Zander,  
Cablian, Störchen,  
grüne Heringe.

**Müchewaren:**  
Bücklinge, Mielter Spitzten, Lachsbeilung,  
Aale, Kumpen.  
Apfelsinen, Citronen, Feigen, Datteln  
empfehlen  
**W. Krämer.**

**Zum Anputzen und Repariren**  
der Möbel in und außer dem Hause em-  
pfehlen  
**C. Zangenheim,**  
Johannisstr. 6.

**M. Christ, an der Stadtkirche,**  
empfehlen  
nur beste Rathenower Stahl-Brillen zu 60 Pf.  
do. do. Nickel-Brillen zu 1,25 Mark.  
do. do. Nickel-Klemmer zu 1,75 Mark.  
Operngläser, Thermometer, Barometer billigt.  
Reparaturen jeder Art.

**Hüte zur Strohhutwäsche**  
bittet rechtzeitig einzuliefern  
**A. Krest.**  
Mittwoch den 24.  
d. M. steht wieder  
ein Transport  
echter dänischer  
**Pferde**  
bei uns zum Verkauf.  
**Gebr. Strehl.**



bei uns zum Verkauf.  
**Gebr. Strehl.**

**Ostfries. Kalbsbraten**  
9 Pfund franco Nachh. 5 bis 6 Mk.  
(4 607/2 A) **S. de Beer, Lunden.**

**Pa. Kuppelörter**  
**Presskohlensteine**  
empfehlen zu billigen Preisen  
**Aug. Penschel, Reichstraße.**

**Löpitze.**  
Zwei Maskenball Sonntag den 28.  
d. M. ladet freundlich ein  
**H. Augustin.**

**H. Kämmer's Reparation.**  
Morgen Donnerstag  
**Schlachtefest.**  
Einen Vehtling sucht sofort oder Oftern  
**Otto Elbe,** Badermeister,  
Neumarkt 48.

Ein junges Mädchen oder Frau als Auf-  
wartung per 1. März wird gesucht  
**Mosenhof Nr. 17.**

**Merseburger Landwehrverein.**  
Der Sängerkorps des Merseburger Land-  
wehr-Vereins beabsichtigt zum Besten der  
Unterstützungs-Kasse des Vereins wie all-  
jährlich eine

**Abendunterhaltung,**  
bestehend in Gelangs-Vorträgen und Theater,  
zu veranstalten, welche Sonntag den 28.  
Februar c. abends 8 Uhr, im Zivoli  
stattfinden wird.

Der Meinertrag soll es dem Verein ermög-  
lichen, in immer wirksamere Weise hilfsbedürfti-  
gen Mitgliedern Unterstützungen zu ge-  
währen und wird um rege Theilnehmung er-  
geben gebeten.

**Witts** (Speeritz 1 Ml. nicht geliebter  
Sitz zu Pf.) sind bei den Herren **H. Wietz's**  
**Nachfolger, Buegler, G. Meyer, Buehnhof-**  
**str., Putzmachermstr. Bredtzel, Hofmarkt, Kam-**  
**Schmann, Seitenbeutel, und an der Kasse**  
zu haben.  
Nach der Aufführung findet ein **Tänzen**  
statt.  
Einen Lehrling sucht  
**Friedrich Vogel,** Schuhmachermessler  
in Lügtendorf.

Donnerstag den 25. Februar,  
abends 7 Uhr,  
im **K. Schloßgartensalon**  
**III. Künstler-Concert.**

Fräulein **Tia Krätma,**  
Her **Moriz Rosenthal.**  
Fräulein **Krätma** singt wieder von  
Rubinstein, Schumann, Rosenig, Brahms,  
Schubert, Hartmann, Bizet, Beethoven.

Der **Rosenthal** spielt die As dur-  
Sonate von Beethoven, Klavierstück und si osea  
Preludium von Chopin, Chant polonaise und si osea  
Preludium von Chopin, Chant polonaise von Chopin.  
— **Concertflügel Bluthner.** —  
Sämmtliche Abonnementskarten sind am  
Saalangebe abzugeben.  
Eintrittskarten, nummerirt à 3 Ml., nicht  
nummerirt à 2 Ml., in der **Stollberg'schen**  
**Buchhandlung.**

Suche sofort oder später einen tüchtigen  
ordnungsliebenden **Gehülfen** für meine  
Brotbäckerei.  
**Bäckermstr. Weinek, Genja.**

Ein  
**Lehrling**  
sucht zu Oftern  
**J. Krause, Schneidermeister.**

Für den ganzen Tag wird ein  
**Paufbursche**  
gesucht.  
**P. Reichelt & Co.**

Ein sauberes **Küchenmädchen,**  
welches auch Haushaltung führen kann,  
wird zum 1. April bei gutem Lohn verlangt.  
**Bahnhof Merseburg.**

Eine **schwarze Damenvorhänge** ist mir  
am Sonntag in der Reichstraße abhandelt  
genommen. Wiederbringer erhält Belohnung bei  
**Edwin Menzel, H. Ritterstr. 2.**

**Verloren** wurde vom Sand bis zur H. Ritter-  
straße am Sonntag Abend eine  
**schwarze Schürze.** Bitte gegen Belohnung  
abzugeben  
**Sand Nr. 23.**

Unsern Freunde **Hermann Wost**  
Wünschen wir zum Wegegange  
für ihr selbst das Beste  
Und für uns ein Fröhliches Los.  
Denn mög' unser Freund, der nette —  
Dieses wünscht auch seine Gatte —  
Lang' noch leben froh und heiter.  
Dieses und noch vieles weiter  
Wünschen von Herzen seine Freunde  
**H. B. Z. St.**

Na Hermann,  
da müssen wir aber eins haben!

# Zur Confirmation ganz besonders günstige Gelegenheit!

Circa 300 St. schwere Geraer Kleiderstoffe,

in schwarz und contour, glatt und gemustert, hatte ich Gelegenheit bedeutend unter Herstellungspreis einzukaufen und offerire dieselben im Detail-Ausschnitt von heute ab zu enorm billigen Preisen.

Das **Dieter Reine Wolle**, 3/4 breit, von 85 Pf. an.

Die von mehrfacher Seite angebotenen leichten Geraer Kleiderstoffe sind nicht zu empfehlen und kosten bei mir **Reine Wolle**, 3/4 breit, das Meter 75 Pf.

## Otto Dobkowitz,

Merseburg. Entenplan Nr. 3.

Hierzu eine Beilage.



**Provinz und Umgegend.**

R. Zwischen Anfang März bis Mitte April d. J. findet im Provinzial-Distrikmutter- und Mustergarten zu Diemitz bei Halle a/S. der zweite, 14 Tage andauernde Obstbaucursus zwecks Ausbildung von Baumwärtern statt. Das Nähere ist vom Vorsteher der Schule, Herrn Obstbaulehrer J. Kähler-Diemitz, zu erfahren.

g. Halle, 22. Februar. Der Aufsichtsrath der 1855 gegründeten „Sächsisch-Thüringischen Actiengesellschaft für Braunkohlen-Verwerthung“ beschloß in seiner heute Abend abgehaltenen Sitzung für 1891 10 pSt. Dividende (Vorjahr 9 pSt.) zu vertheilen.

† Eine grauliche Scene spielte sich am Sonnabend in der 6. Abendstunde im vollbesetzten Schwurgerichtssaale zu Naumburg ab. Nachdem die Geschworenen den Schuldspruch über den Kaufmann Kitzmann aus Weisenfels wegen betrügerischen Bankrotts abgelesen und der Vertreter der Anklage bei der Strafummessung 5 Jahre Zuchthaus beantragt hatte, geiff der Angeklagte plötzlich in die Tasche und che es jemand verhindern konnte, versegte er sich rasch hintereinander drei Erbsen in die linke Brustseite, worauf er rückwärts auf der Anklagebank zurückfiel. Der rasch herbeigeholte Arzt Herr Dr. Reibig fand drei Stichwunden, von denen zwei in der oberen Brustseite sich befanden, aber das Herz nicht getroffen hatten. Beim dritten Stich war das verdächtige, an der Spitze an beiden Seiten gefüllte Messer unter der linken Rippenkante eingedrungen und hatte eine Hauptarterie getroffen. Beim Verbandanlegen, 10–12 Minuten nach der That, trat der Tod durch innere Verblutung ein.

† Aus Magdeburg, 22. Februar, schreibt man der S.-Zig.: Die verheiratete Dorothea Bunrod hat am Freitag Abend zugestanden, in Gemeinshaft mit dem 26. Erbe noch einen zweiten Mädchenmord begangen zu haben. — Kürzlich war auf einem der hiesigen Postämter ein Paket nach dem Tode G. aufgegeben worden, dessen Annahme dort verweigert wurde. Als das Paket behufs Ermittlung des Absenders hier geöffnet wurde, fand man in demselben ein mit Kränzen und Blumen geschmücktes neugeborenes Kind.

† In Staßfurt machte ein 24-jähriger Handlungsgehilfe, der wegen Unterschlagung zur Rechtschafft gezogen werden sollte, seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Der leichtsinnige junge Mann hatte Waren aus dem Geschäft entwendet und diese seiner Geliebten geschenkt.

† In Alstedt hat am Sonnabend der Kammerverwalter W. L. daselbst in seinem Bergbauhause seinem Leben durch zwei Revolvergeschosse ein freiwilliges Ende gemacht. Als Motiv der unseligen That, welche in der Stadt große Aufregung hervorgerufen, wird die Unterschlagung von 20000 Mk. in der Kammerkasse mitgetheilt. Eine kleine Revision in der Sparskasse, zu deren Vorstande der Unglückliche gehörte, machte der Vergleichung wegen einige Nachweise aus den Gemeinderrechnungen nöthig, und dadurch ist die vielleicht von Niemandem geahnte Katastrophe beschleunigt worden; denn es ist anzunehmen, daß sehr raschen Jahren schon eine Ver-

schleierung des vorhandenen Defizits in den alljährlichen Rechnungen hätte geschehen.

† Der in der Förster Raug'schen Nordangelegenheit gefänglich eingezogene Arbeiter Karl Kaunzinger aus Stolberg ist auf Requisition der kgl. Staatsanwaltschaft zu Nordhausen wieder entlassen worden.

**Localnachrichten.**

Merseburg, den 24. Februar 1892.

□ Im Schloßgartenjalon fand am Montag der dritte der vom Verbands der kirchlichen Vereine veranstalteten Abkommensvorträge statt. Herr Conf. Rath Dr. theol. Dakon aus Berlin sprach über „Friedliche Bilder aus Kriegszeiten“. Redner hat dreißig Jahre in Petersburg als evangelischer Geistlicher gewirkt und während des letzten russisch-türkischen Krieges das von den Deutschen Petersburgs organisirte freiwillige Kriegslazareth geleitet. In äußerst feinfühler Weise schilderte Redner zunächst aus seiner persönlichen Erfahrung heraus das russische Volk, erbatte sodann eine interessante Begegnung mit dem in Deutschland so beachtlich gewordenen General Stobelew und ließ schließlich an dem geistlichen Auge des Zuhörers einen Tag aus dem Leben im Kriegslazareth vorüberziehen. Einer Anregung des Herrn Superintendenten Professor Martius folgend gab der Herr Vortragende ferner ein anschauliches Bild von der gegenwärtig in Rußland wüthenden Hungersnoth. Der Nothstandsbezirk umfaßt einen Flächenraum von der Größe Deutschlands und Frankreichs, von den 20 Millionen Einwohnern desselben sind 15 Millionen unterstützungsbedürftig; davon sind 300.000 deutsche Colonisten. Die Ursachen der Hungersnoth liegen nach der Ansicht des Redners in der unverantwortlichen Verwüthung der Wälder und in dem unrationellen Betriebe des Landbaues. Die Hungersnoth ist deshalb nicht ein außerordentliches Ereignis, sondern eine chronische Erscheinung, welche dießmal allerdings durch eine gänzliche Misernerie und durch das im Anfang beliebte Verwüthungssystem verschärft worden ist. Zur Aenderung des jetzigen Nothstandes zunächst unter den deutschen Colonisten hat sich in Berlin ein Comité, bestehend aus vier Herren, gebildet, welchem Referent angehört. Seine Verbindungen ermöglichen es ihm, die gesammelten Gelder, bis jetzt 75.000 Mk., den Nothleidenden direct zukommen zu lassen, ohne daß ein Theil in den Taschen der russischen Beamten hängen bleibt. Der Herr Vortragende schloß mit einem warmen Appell an die brüderliche Liebe für unsere armen Stammesgenossen im Hungersnothgebiete.

\* Auf dem hiesigen Friedhofe fand gestern Nachmittag 1/3 Uhr die Beerdigung der drei im Gothardtschei ertrunkenen Söhne des Handarbeiters Bäcker statt. Die Leichen hatten in einem großen Sarge Platz gefunden, der von Kränzen und Kronen völlig bedeckt war. Dem Zuge voraus schritten unter Leitung der Herren Lehrer die Schüler der beiden Klassen unserer zweiten Bürgerschule, denen die Berunglückten angehört hatten. Sämmtliche Knaben trugen prächtige Kränze in den Händen, die sie am Grabe ihrer Schulkameraden niederlegten. An der offenen Gruft wurde die Feier mit einem

Choral eröffnet, worauf Herr Pastor Werther ein zum Herzen dringendes Gebet sprach, dem eine ergreifende Grabrede des Herrn Diacoms Schollmeyer folgte. Ein Choral, von den Schülern gesungen, schloß den erhebenden Trauertag, dem außer den Leidtragenden eine nach Hunderten zählende Volksmenge in tiefer Nüchternheit beizwohnte.

\*\* Im Stadttheater zu Halle wird am Mittwoch den 24. Febr. zum vorläufig letzten Male Rich. Wagners „Siegfried“ mit Herrn Kammerfänger Gudehus von der Berl. Hofoper in der Titelrolle aufgeführt. Am Freitag den 26. Februar verabschiedet sich Herr Gudehus als „Tristan“ in Wagners „Tristan und Isolde“. Am Sonntag den 28. Febr. gelangt Rich. Wagners „Die Walküre“ mit Herrn Fritz Ernst von der Berl. Hofoper als „Siegmund“ zur Aufführung.

\*\* Vor 25 Jahren waren die Argen ganz Europas nach Berlin gerichtet. Daselbst eröffnete am 24. Februar 1867 König Wilhelm von Preußen den ersten Reichstag des norddeutschen Bundes mit einer Rede, auf die zu hören wohl alle Staaten Europas alle Veranlassung hatten; denn jedem Einsichtigen mußte es klar sein, daß jetzt der erste Schritt zur Einigung Deutschlands gethan sei, daß der beschrittene Weg nun nicht mehr verlassen werden würde. Der königliche Sprecher gedachte der feierlichen Schnüch nach der Einigung Deutschlands und der vergeblichen Versuche bei der Schwierigkeit der Aufgabe; sie sei noch immer schwer, diese Aufgabe und man dürfe nicht, wie bisher das Erreichbare dem Wünschenswerthen opfern. Er gedachte auch der süddeutschen Staaten, „unserer Landesteile im Süden des Rheins“; zur Herbeiführung des Einverständnisses, das die Friedensschlüsse dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimstellten, würde die Hand offen und entgegenkommend harentreich werden, sobald der norddeutsche Bund soweit entwickelt sei, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Im Uebrigen sei der Charakter dieses Bundes ein friedlicher: „Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigten sich die deutschen Stämme.“ Die Gröpfungserede machte einen bedeutenden Eindruck. Jedemfalls wurde man sich allerorts klar, daß die Zeit, in der man sich an Deutschland und seinen Ländern „erholen“ konnte, vorbei sei.

**Stadtverordneten-Sitzung.**

Merseburg, den 22. Februar 1892. Der Vorsitzende, Stadtv. Prof. Witte eröffnet die Sitzung mit einigen Mittheilungen über den am 20. d. in Halle stattgehabten Stadtag der Provinz Sachsen. Die daselbst beschlossene Petition gegen den neuen Volksschulgesetzentwurf soll den Mitgliedern der Versammlung zur Kenntnissnahme unterbreitet werden. Die Tagesordnung wird hierauf wie folgt erledigt?

1) Stadtv. Kindfleisch referirt über die Rechnung a. des Straßendfonds 1890/91, b. des Bergerschen Stipendiatenfonds 1890/91, c. des Knabenhort's 1890/91. Die letztergenannte balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 1003,09 Mk., darunter sind 690 Mk. Honorar für Lehrer und Kapellan und 280 Mk. für die Verpflegung der



Enaben. Dem Antrage des Referenten entsprechend wird dem Rechnungsleger anstandslos Entlastung erteilt.

2) Ref. Stadtv. Schwengler. Ueber das Generalproject für die Canalisation unserer Stadt hat die hierzu gewählte Commission mit dem Ingenieur Herrn Pfeiffer in Halle verhandelt und hat derselbe sich dahin geäußert, daß ein Spezialproject gegenüber einem Generalproject den Vortheil biete, daß die betr. Arbeit danach ausgeführt werden kann, daß aber ein Spezialproject die Anfertigung eines Generalprojectes voraussetze und daß bei späterer Anfertigung eines Spezialprojectes sich die Kosten um die für das Generalproject aufgewandte Summe verringern. Herr Ingenieur Pfeiffer hat ferner zugesagt, schon im Generalproject einzelne Theile, die besondere Wichtigkeit besitzen, eingehender zu behandeln. Die Commission hat sodann den einstimmigen Beschluß gefaßt, die Canalisation unserer Stadt erstlich ins Auge zu fassen, von dem Ausschreiben eines Generalprojectes abzusehen und mit Rücksicht auf den guten Ruf des Herrn Pfeiffer demselben die Anfertigung eines Generalprojectes für den verabredeten Preis von 4000 Mk. zu übertragen. In Verfolg dieses Beschlusses hat Magistrat vorgeschlagen, mit Herrn Pfeiffer einen Vertrag über die Anfertigung eines Generalprojectes abzuschließen mit der Anweisung, die Canalisation auf alle die Straßenzüge auszuweiten, in welchen Wasserleitung vorhanden ist. Die Kosten in Höhe von 4000 Mk. sollen den Sparfassenüberschüssen entnommen werden. Auf Antrag des Referenten wird die Magistratsvorlage ohne Debatte angenommen.

3) Ref. Stadtv. Frauenheim. Bekanntlich hatte der Beivalter des v. Schiller'schen Stiftes hier, Stadtv. Wölfel, die Frage der Einführung des Handfertigkeits-Unterrichts hieselbst dadurch wesentlich vereinfacht, daß er hierzu passende Räume, sowie deren zweckentsprechende Einrichtung und Unterhaltung in genanntem Stifte in Aussicht stellte. Die von der Stadt zu tragende Lehrerbefoldung war f. Z. auf 360 Mk., der Beitrag der Schüler auf 1 Mk. monatlich festgesetzt worden. Da sich jetzt 41 Schüler (darunter eine größere Zahl Gymnasialisten) für den Handfertigkeits-Unterricht gemeldet haben, soll die Teilnehmerzahl auf 48 erhöht, der Unterricht in 2 Abtheilungen erteilt und als Unterrichtszeit die Stunden von 2 bis 6 Uhr nachmittags am Mittwoch und Sonnabend festgesetzt werden. Mit Rücksicht auf die gegen den früheren Plan um zwei Stunden vermehrte Unterrichtszeit soll der den Unterricht erteilende Lehrer, Herr Wienecke, so lange diese Eintheilung beibehalten werden kann, 480 Mk. Gehalt beziehen. Der Beginn des Unterrichts ist infolge eingetretener Krankheit des Herrn Wienecke auf den 2. März d. J. verschoben und außerdem mit Rücksicht auf die etwas beschränkten Localitäten die Zahl der Unterrichtsfächer auf Tischlerei und Schnitzarbeiten beschränkt worden. Auf Antrag des Referenten wird die Magistratsvorlage ohne weitere Discussion angenommen.

4) Stadtv. Graul bestürmt ein beim Magistrat eingelaufenes Gesuch des Seltermeisters Herrn Frommer hier um Genehmigung der Anlegung einer Thür in der städtischen Grenzmauer der Selterstraße, um zu seiner im Garten der Wdr. Gscheid

erwachten Spinubahn gelangen zu können, ohne den nicht erpachteten Theil des Gscheid'schen Grundstücks betreten zu müssen. Magistrat hat das Gesuch unter den Bedingungen genehmigt, daß T. die Instandhaltung der Thür übernimmt, eine jährliche Gebühr von 1 Mk. an die Kämmererkasse zahlt und den Eingang auf Verlangen der Stadtbehörde jederzeit wieder befreit. Auf Antrag des Referenten werden den Bedingungen noch einige den Verkehr sichernde Vorschriften hinzugefügt und hierauf die Vorlage genehmigt.

5) Ref. Stadtv. Glas. Magistrat hat sich mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Entleerung der Latrinen in den städtischen Schulen sowie in Privathäusern veranlaßt gesehen, mit verschiedenen hiesigen Unternehmern wegen Anschaffung einer Luftpumpe zur geruchlosen Latrinen-Entleerung in Verhandlung zu treten, aber nirgends Neigung gefunden, das erforderliche Kapital aufzuwenden. Infolge dessen ist mit dem Stadtv. Klaus ein Abkommen dahin geschlossen worden, daß die Stadt von dem Fabrikanten Sorge in Bieselbad eine Luftpumpe nebst 2 Fässern zu je 1500 Liter Inhalt unter mehrjähriger Garantie für 4000 Mk. erwirbt und Klaus den Betrieb auf eigene Rechnung übernimmt. Letzterer verzinst der Stadt das dem Straßenbaufonds zu entnehmende Kapital mit 4 Prozent und zahlt jährlich als Amortisationsquote 400 Mk., so daß nach Ablauf von 10 Jahren das Kapital zurückgezahlt ist und die Maschine in das Eigentum des Stadtv. Klaus übergehen kann. Falls derselbe mit den Ratenszahlungen im Rückstande bleibt, verfallen die bereits geleisteten Beträge und der Vertrag gilt als aufgehoben. Klaus hat in dem Abkommen für sich und seine Rechtsnachfolger die ihm vom Magistrat gestellten Bedingungen angenommen und empfiehlt Referent, sowohl den Vertrag mit dem Fabrikanten Sorge in Bieselbad wegen Lieferung der Maschine u., wie auch das Abkommen mit dem Stadtv. Klaus anzunehmen. In der sich anschließenden sehr lebhaften Debatte wirft Stadtv. Wölfel zunächst die Frage auf, welche Rechte der Bürgerschaft gegenüber dem Kfm. Klaus betr. Wegschaffung ihrer Häkellen eingeräumt würden. Bürgermeister Reinefarth rechtfertigt das Fehlen solcher Bedingungen in dem Vertrage mit dem Hinweis auf die Schwierigkeit, überhaupt einen Unternehmer zu finden. Wenn die Stadt noch erschwerende Verpflichtungen auferlegen würde, dürfte aus dem ganzen Abkommen voraussichtlich nichts werden. Nach seiner Ansicht ist das Unternehmen auch für die Stadt ein Geschäft, da letztere ihr Kapital zu 4 Prozent verzinst erhält. Stadtv. Wölfel bemängelt nochmals das Fehlen jeder Verpflichtung betr. der Entleerung der Privatlatrinen. Stadtv. Barth beantragt festzusetzen, daß jede geeignete Latrine innerhalb 14 Tagen vom Zeitpunkt der Anmeldung an geräumt werden muß. Bürgermeister Reinefarth befreit, daß das Unternehmen eine städtische Anlage ist, da die Stadt dem Unternehmer nur das erforderliche Kapital vorgeschossen habe. Dem gegenüber weist Stadtv. Wölfel darauf hin, daß die Maschine faktisch bis zur letzten Ratenzahlung, also 10 Jahre lang im Eigentum der Stadt verbleibt. Er empfiehlt den Antrag Barth und wünscht, daß noch ein Preis für die zu leistende

Rehabilitation, Druck und Verlag von H. H. Böcker in Merseburg.

Arbeit festgesetzt werde. In der Debatte theilhaftigen sich noch die Stadtv. Lindenstein, Schulze, Frauenheim, Herbers, Graul und Glas. Bei der Abstimmung wird der Antrag Barth mit geringer Mehrheit abgelehnt und die Magistratsvorlage dem Antrage des Referenten entsprechend angenommen.

6) Als dringender Antrag wird nach der Befürwortung durch den Vorsitzenden genehmigt, dem Fabrikanten Stechner das seitigerige städtische Thorhaus in der Oberburgstraße selbst abbrechen zu lassen. Demselben fallen dafür die hierbei gewonnenen Materialien zu.

Der Vorsitzende giebt noch bekannt, daß der Plan für den hiesigen Bahnhofsumbau auf dem Dische des Hauses zur Einsicht ausliegt und schließt hierauf die Sitzung.

### Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

\* Mächeln, 22. Februar. Am Freitag Abend in der 10. Stunde war der Fuhrmann Langholz aus Wenden im Begriff, von Mäkeling nach Hause zu gehen, als ihm in der Nähe von Jöbblater der Weg von sechs Burfchen versperrt wurde. Auf seine Aufforderung, ihm doch den Weg freizugeben, erhielt er ohne weitere Veranlassung wüthige Stoßschläge auf den Kopf, so daß er blutend und mehrfach verletzt im Straßengraben, wohin ihn die rohen Burfchen, meist Knechte aus Mäkeling und Küstendorf, geworfen hatten, von einem hinzukommenden Viehhändler von hier, welcher übrigens auch Schläge erhalten hatte, aufgefunden wurde. Schon vorher hatten die Kainpolde in Jöbblater Skandal und Unisig getrieben. Dieselben sind sämtlich erkannt und werden der ihnen gebührenden Strafe für diese Noththaten nicht entgehen. Wie man hört, sollen an vorhergehenden Abenden Passanten auf der Straße injulirt worden sein, jedenfalls von denselben Subjecten, doch ist hierüber keine Anzeige errieten worden.

### Vermishtes.

\* Die Schweser Kaiser Wilhelms I., die vermittels Großherzogin Alexandra von Mecklenburg, trat am Dienstag in ihr 90. Lebensjahr. Diese Seniorin des Hohenzollernhauses, geboren am 23. Februar 1809, in Wittenau im 1843.

\* Die Mittheilungen über Ausbruch des Typhus in dem Innern Anhalts mehren sich; in Anhalt herrscht der Typhus in 66 Straßen und 402 Häusern; in Jellarsenburg sind wegen des Typhus einige Straßen gesperrt; in Uchelabinsk (Gouvernement Orenburg) herrscht der Typhus ebenfalls. In den von der Hungersnoth heimgeübten Gebieten besteht ein Mangel an Nahrung.

\* Der Reichspostdampfer Kaiser Wilhelm II. ist nach einer Antwerpener Meldung des „Berl. Tagebl.“ bei Wilo auf der Seebrücke gebrandet; die Lage des Schiffes ist nicht ungefährlich.

### Wer von Schnapfen, Husten, Natarth

geplagt ist, der befreie sich davon mit Dr. Rob. Wod's Doctoral (Schnapfenpulver). Man lese die Anweisungen der Karte und Bubenankündiger. Die Schachtel mit 60 Kapseln kostet Mk. 1.— in den meisten Apotheken. — Die Bestandtheile sind: Schmalz, Schilfholz je 2 gm, Isländisches Moos 1,25 gm, Sternanis, Kien, Capaillen, Weizenwurzel je 0,75 gm, Eibischwurzel, Schafgarbe, Kleeblätter je 0,6 gm, inwendig, abgekocht, zum Extract eingedickt und mit Weizentract 0,6 gm, Calmel 0,25 gm, Tragant 0,45 gm, Jucarpulver 28,5 gm, Sandeltract, Kolanöl je 0,01 gm, vermischt und hieraus 60 Kapseln, von denen jede 0,33 gm wiegt, bereitet. — Haupt-Depot Magdeburg **Damen-Apotheke.**



# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Gerumträger. —  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 39.

Mittwoch den 24. Februar.

1892.

Für den Monat März werden Abonnements  
auf den

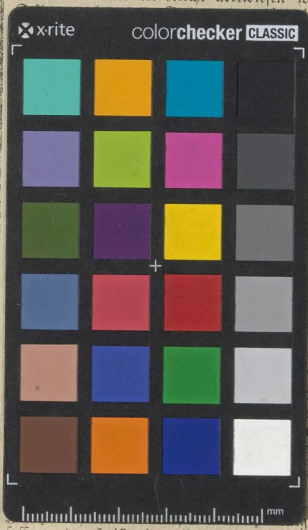
„Merseburger Correspondent“  
zum Preise von 40 resp. 42 Pf. von allen Post-  
anstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-  
genommen.

Zufern sind bei der großen Auflage des  
Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

## „Inipide“ Anngebungen gegen das Volksschulgesetz.

Im Laufe der Beratungen über das Volksschul-  
gesetz hat der Cultusminister mit einer erstaunlichen  
Behandlung der Versuche gemacht, die freisinnigen Mit-  
glieder des Abgeordnetenhauses in ihrer Beurteilung  
der Vorlage untereinander oder mit den Lehrern oder  
mit ihren Bekanntheitsgenossen im Lande in Wider-  
spruch zu setzen. Bei der ersten Beratung berief er  
sich darauf, daß er über den Entwurf mit Mitgliedern  
aller Parteien mit Ausnahme des Centrums corre-  
spondirt habe und Mitglieder der freisinnigen Fraktion  
sich über den Entwurf ihm gegenüber in besfälliger  
Weise geäußert hätten. In der Commission darüber  
zur Rede gestellt, nannte Graf Joditz den Namen  
des Herrn Jelle, der in Folge der Wahl zum Bürger-  
meister sein Mandat niedergelegt hat. Alsdann wurde  
festgestellt, daß der Cultusminister im September v. J.  
über das Volksschulgesetz Rücksprache gehalten hat.  
Graf Joditz erklärte sich Herrn Jelle gegenüber als  
Freund der Selbstverwaltung und Jelle versichert ihm  
so, daß er den in dieser Beziehung geäußerten Wünschen  
entgegenkommen wolle. Wie Herr Jelle über das  
jetzt vorgelegte Gesetz denkt, ergab sich aus der Rede,  
mit der er sich am 7. v. M. von seinen Berliner  
Wählern verabschiedete und in der er den Entwurf  
als einen ganz unannehmbaren bezeichnete. Er meinte,  
wenn es wirklich gelingen sollte, die ganze Schule  
und das Lehrsystem mit Klein-Städterischem Befehms-  
niß zu durchdringen, die Selbstverwaltung bei Seite  
zu schieben, die Schulvorstände aus confessionellen  
Häusern zu bilden und die wichtigsten Funktionen  
an Staatsorgane zu übertragen, dann werde es aller-  
dings traurig bestellt sein mit der Volksschule. Also  
ganz wie Herr Richter und Genossen. Vorigen  
Montag erzählte der Cultusminister in der Com-  
mission, als Beweis dafür, daß er den Lehrern die  
freie Discussion über das Gesetz nicht verschranken  
wolle, er habe Tags zuvor eine Deputation Berliner  
Lehrer empfangen, die sich aber ganz anders aus-  
gesprochen hätte, als die freisinnige Partei. Dem  
Berein Berliner Lehrer, der über 1900 Mitglieder  
zählt, wurde aber festgestellt, daß Mitglieder desselben  
nicht zu der angeblichen „Deputation“ gehören, daß  
also die Herren, die sich dem Cultusminister vorge-  
stellt, gar nicht das Recht hatten, sich als Beauftragte  
der Berliner Lehrer zu geriren, die in ihrer über-  
großen Mehrheit über die Vorlage genau so denken  
wie die freisinnige Partei. Endlich vorigen Dienstag  
verlas der Minister einen Neuzug des Abg. Birchow  
gegenüber einem Briefe eines seiner persönlichen  
Freunde, eines freisinnigen Mannes, der eine führende  
Stellung einnehme. Der Briefschreiber erklärte, die  
Vorlage widerstrebe ihm zwar innerlich auf das  
Äußerste, aber die Phrasen von der Schmälerung  
der Selbstverwaltung, von Kräftestärkung, die  
durch das Gesetz eingeführt werde, fürde er „inipide“.  
Der Minister verlas diesen Brief, wie er ausdrücklich  
erklärte, zum Beweise dafür, daß die Mehrheit der  
Bevölkerung über die Vorlage ganz anders denke, als  
Herr Birchow u. Gen. Wer dieser „freisinnige“  
Freund des Grafen Joditz ist, wissen wir nicht.  
Aber was die Schmälerung der Selbstverwaltung  
durch das Gesetz betrifft, so sind zweifellos die com-  
petentesten Beurtheiler die Träger der Selbstverwaltung  
selbst, die Vorsteher städtischer Communen. Berliner  
Magistrat und Stadtvorordnete haben den Reich-  
tag der Proteste gegen das Gesetz eröffnet. Letzen Sonn-  
abend hat befanntlich auch der Städtetag der

Provinz Sachsen in Halle, auf dem nicht weniger  
als 27 Städte durch ungefähr 80 Mitglieder ver-  
treten waren, einstimmig eine Petition an den Land-  
tag um Ablehnung des Gesetzes beschlossen. Man  
wolle nicht, erklärte in der Begründung der Verfas-  
sung der Oberbürgermeister von Halle, in einseitiger  
Parteilichkeit Stimmung gegen das Gesetz machen.  
Die impopularste Kundgebung gegen das Gesetz sei  
diejenige der akademischen Lehrer der Universität  
Halle, zu der sich Männer verschiedener politischen  
Parteien und kirchlichen Richtungen einmüthig zu-  
sammengefunden hätten (und der inzwischen auch die  
Berliner Universität gefolgt ist). Auch der Städtetag  
wolle in würdiger und gesammelter Weise, aber ein-  
müthig eintreten mit seinen Wünschen und Bedenken  
gegen das Gesetz im Interesse der Städte, die er  
vertritt. In der von dem Stadtschulrath Platen-  
Magenburg verfassten Begründung der Petition wird  
daran erinnert, wie durch die Instruction vom 26.  
Juni 1811, die als Ergänzung der Stein'schen  
Städteordnung von 1808 erlassen wurde, die städti-  
schen Schuldeputationen eingeführt wurden, „um das  
Ganze des Schulwesens unter eine einfache und har-  
monische Leitung zu bringen.“ Die Petition stellt  
im Einzelnen die bisherige Organisation der von  
dem Grafen Joditz geplanten gegenüber und kommt  
zu dem Schlusse: „Die jetzige Schulselbstverwaltung  
soll aufhören und die Schulverwaltung ausschließlich  
dem Staate und der Kirche überwiesen werden, den  
Lehrern Rechte zu fordern.“  
erklärte, er bedeu-  
te die Abkehr von  
den bisherigen Ver-  
hältnissen, die durch  
den Entwurf des  
Gesetzes herbeigeführt  
werden würden.  
Die Petition stellt  
im Einzelnen die  
bisherige Organisation  
der von dem Grafen  
Joditz geplanten  
gegenüber und kommt  
zu dem Schlusse:  
„Die jetzige Schulselbstverwaltung  
soll aufhören und die  
Schulverwaltung  
ausschließlich dem  
Staate und der Kirche  
überwiesen werden,  
den Lehrern Rechte  
zu fordern.“  
erklärte, er bedeu-  
te die Abkehr von  
den bisherigen Ver-  
hältnissen, die durch  
den Entwurf des  
Gesetzes herbeigeführt  
werden würden.



## Politische Uebersicht.

Der Kaiserbesuch in Böhmen kam am  
Sonabend im österreichischen Abgeordneten-  
hause zur Sprache in Folge einer Interpellation  
über die Vorgänge in Reichenberg gelegentlich  
der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph im  
October vorigen Jahres. Ministerpräsident Graf  
Taaffe erklärte, der Magistrat von Reichenberg  
hätte beantragt, den Vereinen und Schulen Plätze  
im Spalier zum Empfange des Kaisers anzuweisen,  
der Verein der Gelehrten sei jedoch ferngeblieben.  
Ueber die Vorgänge in Köditz sei die Untersuchung  
eingestellt worden, weil die Aussagen darüber sehr  
widersprechend gewesen seien. In Betreff des Gesetzes  
auf dem Obmarkart in Reichenberg verwies Graf

Taaffe auf das Strafurtheil des Reichenberger Ma-  
gistrats und konstatierte das correcte Verhalten des-  
selben. Der Antrag auf Eröffnung der Debatte über  
die Verantwortung wurde abgelehnt. — Die Noth-  
stands-vorlage, welche 360 000 Gulden verlangt,  
ist am Sonnabend vom österreichischen Abgeordneten-  
hause angenommen worden. Die von der Regierung  
verlangte Summe von 500 000 Gulden für die Ver-  
waltungskosten an Staatsbeamte wurde von dem Ab-  
geordnetenhause auf eine Million erhöht. — Die  
ungarische Thronrede, womit der Reichstag  
am Montag eröffnet wurde, geteilt eingangs der  
25. Jahreswende des 1867er Ausgleiches und gibt  
der Zuversicht auf eine ruhige und stetige Entwik-  
kelung auf dieser benäherten und vor allen Erststü-  
tungen zu bewahrenden Grundlage auch in Zukunft  
Ausdruck. Seit Jahrzehnten, so heißt es weiter,  
trage Ungarn sowie die ganze Monarchie die Nach-  
theile der ungeragelten Valuta. Die Regierung  
werde befehrt sein, die bezüglichen Vorschläge ehestens  
zu unterbreiten. Die Thronrede kündigt eine Steuer-  
reform an ohne Steigerung der öffentlichen Leistungen,  
ferner Vorlagen zur Reorganisation der  
Verwaltung, sowie Vorlagen zur Ordnung der  
Rechtsverhältnisse der Beamten, zur Regelung des  
Vereinsrechtes und Versammlungsrechtes, zur Fest-  
stellung der Gerichtsbarkeit über die Abgeordneten-  
wahlen, Kodifizierung des Strafprozesses, Civilprozesses  
und Civilrechtes. Weitere Vorlagen betreffen die  
Hebung des öffentlichen Unterrichts, die Förderung  
der Volkswirtschaft, des Verkehrswesens und der  
Landwirtschaft, endlich Religionsangelegen-  
heiten. Am Schlusse heißt es: „Mit Befriedigung  
können wir sagen, daß die freundschaftlichen guten  
Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, deren  
wir am Schlusse des vorigen Reichstages gedachten,  
auch gegenwärtig unverändert fortbestehen.“

Laut Meldung aus Kasan hat das russische  
Militärgericht den Kleinbürger Kostjuchin in wegen  
des gegen den Gouverneur von Kasan begangenen  
Mittentats standrechtlich zum Tode durch den Strang  
und den Ehrenbürger Archangel'sky, welcher die  
Absicht Ausschreitens kannte, aber nicht zur Anzeige  
brachte, zu fünfzehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.  
Vom Militärgericht wurde jedoch beschlossen, eine  
Milderung der Strafen nachzusuchen.

Die französische Ministerkrise ist noch  
immer in der Schwebe. Präsident Carnot hat am  
Sonabend und Sonntag in erster Linie mit dem  
bisherigen Minister des Auswärtigen Ribot und mit  
dem bisherigen Ministerpräsidenten und Kriegsminister  
Freycinet beraten. Man scheint eine Kombination  
im Auge gehabt zu haben, bei der es sich im Wesent-  
lichen nur um eine Umbildung des gegenwärtigen  
Ministeriums handelte, und aus welcher man nur den  
bisherigen Minister des Innern Comans entfernen  
wollte. Die Freihändler forderten ein Cabinet Mellie,  
damit dieses gezwungen sei, den neuen schützlosen  
Tarif durchzuführen. Das von Carnot geplante  
Cabinet Ribot scheiterte an dem Widerstand der  
Radikalen, welche Ribot ihre Unterstützung verweigerten  
und ohne welche eine republikanische Mehrheit nicht  
möglich ist. Andererseits soll Freycinet den Vorzug  
in dem neuen Cabinet abgelehnt haben. — Die  
päpstliche Encyclika an die französischen  
Katholiken, welche eine Unterstüzung der Republik  
beschworen, wurde nach einer römischen Meldung  
der „Nola Volksz.“ in nur wenigen Abzügen ge-  
druckt. Ihre Veröffentlichung erfolgte nicht durch den  
Staatssecretär, sondern unmittelbar aus der Privat-  
kanzlei des Papstes. Es ist dies ein außeror-  
dentlich wichtiger Vorgang. In Rom haben nur die  
Kardinalen einen Abzug davon erhalten. Sie erregte  
das größte Aufsehen, weil sie unbedingt geheim ge-  
halten war.

Das ferbische Budget ist am Sonnabend in  
der Suppina beraten worden. In demselben ist  
noch ein geringer Ueberschuß herausgerechnet worden,  
während die Opposition behauptet, daß es in Wahr-  
heit ein Defizit von 10 Millionen Dinar aufweise.